

Antrag

P 07

Antragsteller: VBE Bundesvorstand

1 **Betreff:** **Handyverbot? Lehrkräfte schützen**

2 **Antragstext:** Die Bundesversammlung möge beschließen, dass sich der
3 Bundesvorstand dafür einsetzen möge Lehrkräfte zu schützen.

4
5 Die Situationen bezüglich eines Handyverbots sind in den Ländern sehr unterschiedlich,
6 und pauschale Aussagen für ein Für und Wider zum Handyverbot scheitern an der
7 Vielschichtigkeit sowohl des föderalen Bildungssystems als auch der gesellschaftlichen
8 Realität.

9
10 Kinder und Jugendliche wachsen in einer Gesellschaft auf, in der Smartphones und digitale
11 Medien und Begegnungsräume Teil ihrer Lebenswirklichkeit sind. Die Schule blendet diese
12 Entwicklung nicht aus, sondern begleitet sie aktiv und verantwortungsvoll, sofern die
13 aktuelle Belastungssituation Freiräume dafür hergibt. Dabei begleiten wir Schülerinnen und
14 Schüler auf ihrem Weg, einen gesunden Umgang mit digitalen Medien und KI zu finden. Um
15 dies weiterhin tun zu können, braucht es entsprechende Ressourcen.

16
17 **Schutz der Lehrkräfte und Grenzen der Kontrolle**
18 Sollte ein Handyverbot beschlossen werden, muss die Kontrolle und Durchsetzung dieses
19 Verbotes klar geregelt sein, ohne dass Lehrkräfte damit zusätzlich belastet werden. Dies
20 muss angesichts der multiplen Krisen im Bildungssystem unbedingt verhindert werden.
21 Lehrkräfte sind keine "Medienpolizei", sondern pädagogische Fachkräfte. Ihre Aufgabe
22 besteht in der Bildung und Erziehung der Schülerinnen und Schüler. Sie dürfen nicht dazu
23 verpflichtet werden, eigenständig Verbotsmaßnahmen zu kontrollieren oder Sanktionen
24 durchzusetzen. Sollte diese Aufgabe trotz aller Warnungen an die Lehrkräfte übertragen
25 werden, wie dies zum Teil schon der Fall ist, muss dies durch eine Entlastung an anderer
26 Stelle ausgeglichen werden. Eine zusätzliche Belastung ohne entsprechendes Korrektiv an
27 anderer Stelle wäre vor dem Hintergrund ohnehin hoher Anforderungen im Schulalltag nicht
28 zu verantworten. Bei einem derartigen Eingriff in die persönliche Freiheit der Schülerinnen
29 und Schüler ist zudem ein erhöhtes Konfliktpotenzial wahrscheinlich. Dies muss angesichts
30 der Tatsache, dass Gewalt gegen Lehrkräfte schon jetzt ein massives Problem darstellt,
31 dringend vermieden werden. Der Schutz der Lehrkräfte steht hier an erster Stelle.

32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45

Politische Verantwortung für Infrastruktur und rechtlichen Rahmen

Wird ein Verbot angeordnet, ist die Politik gefordert, die notwendige Infrastruktur bereitzustellen. Dazu gehören beispielsweise geeignete Schränke oder Verwahrmöglichkeiten für Geräte, sodass eine praktikable und rechtssichere Verwahrung möglich ist. Wohlwissend, dass die Raumsituation in vielen Schulen bereits jetzt prekär ist, würden betroffene Schulen vor große Herausforderungen gestellt, wenn die Politik sich an dieser Stelle ihrer Verantwortung entzieht. Dies muss verhindert werden. Ebenso muss ein klarer rechtlicher Rahmen geschaffen werden, der die Rechte und Pflichten aller Beteiligten eindeutig definiert und in dem sich Lehrkräfte sicher bewegen können, ohne Angst, bei etwaigen Konflikten selbst haftbar gemacht zu werden.

Begründung: mündlich

Finanzen:	Antrag ist finanzrelevant <input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein geplante / geschätzte Kosten: zu finanzieren aus Haushaltsposition:
------------------	--

Beschluss:	<input type="checkbox"/> beschlossen, wie beantragt:
	<input type="checkbox"/> beschlossen mit folgender Änderung:
	<input type="checkbox"/> abgelehnt
	<input type="checkbox"/> zurückgezogen
	<input type="checkbox"/> überwiesen als Material an: